

Medienmitteilung 5 / 2016

Thema	Ergebnis Jahresrechnung und Jahresbericht 2015
Rückfragen	Sander Mallien (KAPF), Tel. 079 403 41 00, sander.mallien@grossrat.ag.ch
Absender	Grünliberale Partei Aargau, Postfach 2855, 5001 Aarau eMail: ag@grunliberale.ch www.ag.grunliberale.ch
Datum	4.3.2016
Zeichen	2300

Strukturerhaltung nur bei gleichzeitiger Steuererhöhung möglich

Im Rahmen weiterer Einspar- und Verzichtsmassnahmen wird der Rat sich zwischen Abbau von Strukturerhaltung oder leichter Steuererhöhung entscheiden müssen.

Gefragt ist Mut! Der Mut um unpopuläre Strukturbereinigungen (vorab in ländlichen Gemeinden) durchzusetzen oder der Mut, für „Luxuslösungen“ konsequenterweise auch höhere Steuern zu fordern.

Vorab sind die Regierungsparteien gefordert, die angerichtete Suppe nun auch auszulöffeln.

Die glp warnt unter den gegebenen Rahmenbedingungen eindringlich vor weiteren, fahrlässigen, vorsätzlichen Einnahmenschmälerungen.

Als unnötig und geradezu fahrlässig erachten wir zum heutigen Zeitpunkt den Beschluss des Grossen Rates vom 1.3.2016 die Gemengsteuer bei den Grundbuchabgaben zu senken. Unser überparteiliches Referendumskomitee wird sich nach Kräften für eine Korrektur einsetzen.

Die Grünliberalen Aargau nehmen den Jahresabschluss 2015 mit Besorgnis aber ohne Überraschung zur Kenntnis. Das um Sondereffekte beschönigte Staatsdefizit bewegt sich im Rahmen des Vorhersehbaren.

Im Rahmen weiterer Einspar- und Verzichtsmassnahmen wird der Rat sich zwischen Abbau von „luxuriöser Strukturerhaltung“ – insbesondere in ländlichen Gebieten - oder leichter Steuererhöhung – z. Bsp. bei der Spitalsteuer - entscheiden müssen.

Die Bilanzausgleichsreserve wurde bereits in guten Zeiten durch kurzsichtige Steuergeschenke und zur Beschönigung der Jahresabschlüsse 2012, 2013, 2014 und 2015 unnötigerweise weitgehend aufgebraucht (davon im Jahre 215 allein CHF 77 Mio.). Für die voraussichtlich „schlechten“ Jahre 2016, 2017 und 2018 zusammen stehen uns nun leider nur noch ca. CHF 68 Mio. aus der Ausgleichsreserve zur Verfügung. Dies bei erschwerten Konjunkturaussichten, einer stetigen Zunahme der LUAE und abnehmenden Steuererträgen (insbesondere bei den juristischen Personen).

Im Lichte der bereits heute erkennbaren konjunkturellen Ertragsminderungen und anhaltenden Ertragsausfällen (wie z.B. Dividendenausfälle bei Beteiligungen wie AXPO) finden wir die Reduktion der Grundbuchabgaben (36

Mio. jährlich) sowie ein im nationalen Vergleich überdurchschnittlicher Pendlerabzug im jetzigen Zeitpunkt unverantwortlich.

Vom Regierungsrat wird eine klare Haltung und das Inpflichtnehmen der eigenen Fraktionen erwartet. Gespannt warten wir auf eine Strategie betreffend einnahmen- und ausgabenseitigen Massnahmen. Unverständlich ist für die GLP, dass Finanzdirektor Brogli am letzten Dienstag bei der finanzpolitisch entscheidenden Abstimmung über den Steueranteil der Grundbuchgebühr durch Abwesenheit gegläntzt hat.